

AUFSTEHEN GEGEN DIE AfD

Die AfD führt seit einigen Monaten Kundgebungen in Rostocker Stadtteilen durch, bislang fünf an der Zahl. Nach Evershagen und Lütten Klein traf es am 5. August nun das Seebad Warnemünde. Dagegen formierte sich ein bunter Protest unter dem Motto „Für Vielfalt und Solidarität“.

Unter der Parole „Für unser Land und unsere Kinder – Einwanderung in unser Sozialsystem stoppen!“ mobilisierte die AfD (auch mit durch Rostock rollende Lautsprecherwagen) nach Warnemünde. Der Titel verweist auf die Strategie besonders der ostdeutschen AfD, verstärkt sozialpolitische Themen aufzugreifen, ohne dabei darauf zu verzichten, den Hass auf Migranten zu schüren. Mehr soziale Gerechtigkeit – aber nur für Bio-Deutsche, so lautet der zynische Ansatz. So konnte man auf dem Flyer zur Veranstaltung am 5.8. lesen: „Jahrzehnte an Kindergärten, Schulen und Hochschulen gespart; Ostrenten bis heute nicht



angeglichen; Rentner, die Flaschen sammeln müssen; obdachlose Deutsche ohne Wohnung und Krankenversicherung!“ Unter einem Meer von vorher ausgeteilten Deutschlandfahnen versammelten sich

ten. Sie hörten von den Rednern u.a., dass nur die AfD sich um Obdachlose kümmert, gegen unhaltbare Zustände in der Pflege kämpft, dass Deutsche bis zum Alter von 67 oder 70 schufteten müssten,

nur damit sich die illegalen Einwanderer in der sozialen Hängematte ausruhen können. Dass Deutschland der kulturelle Untergang droht. Dass Warnemünde bald Neu-Aleppo, Rostock Neu-Afrika sein wird. Dass die Ostsee sich rot färben wird vom Blut der Opfer von Terroristen und Messer-Attentätern. Alles Aussagen von Rostocker AfD-Politikern.

Prof. Ralph Weber hetzte, „Volksfremde“ würden hier gut und bequem leben, der „zugereisten Bevölkerung“ wünsche er eine „baldige und gute Rückfahrt“. „Ein überfremdetes Volk, in dem das eigene Blut nicht mehr mehrheitsfähig ist, kann niemand mehr reparieren.“

etwa 500 AfD-Anhänger, darunter viele Hooligans und Mitglieder der neonazistischen Kameradschaftsszene, die auch in Warnemünde Jagd auf Journalisten mach-

ten. Sie hörten von den Rednern u.a., dass nur die AfD sich um Obdachlose kümmert, gegen unhaltbare Zustände in der Pflege kämpft, dass Deutsche bis zum Alter von 67 oder 70 schufteten müssten,

Fortsetzung auf Seite 2



In Rostock wurde eine Stele zur Erinnerung an das Jahr 1992 aufgestellt
Mehr dazu auf Seite 3



Auf einer Regionalkonferenz wurde über die soziale Arbeit in HRO diskutiert
Mehr dazu auf Seite 6



In Schwerin wurde der Stellingpreis an Sanitzer Lehrerinnen verliehen
Mehr dazu auf Seite 12

In dieser Ausgabe

Seite 2: Anti-AfD-Demo
Seite 3: Empathie
Seite 4/5: Sammlungsbewegung
Seite 5: Linke Woche der Zukunft
Seite 6: Regionalkonferenz
Seite 7: Aus dem Rathaus
Seite 8: Helmut Scholz

Seite 8: Hiroshimagedenken
Seite 9: Klimaplan
Seite 10: Plattdeutsches
Seite 11: Buchrezension
Seite 12: Stellingpreis
Seite 13: Rotfeder
Seite 14: Reise nach Barth

Rostocker Kreisvorstand unterstützt Steffen Bockhahn

Der Kreisvorstand Rostock spricht sich einstimmig für Steffen Bockhahn als Kandidaten der Rostocker LINKEN zur Wahl des Oberbürgermeisters im Mai 2019 aus. Steffen stellte im Kreisvorstand erste inhaltliche Schwerpunkte seiner Kampagne vor. Im Zentrum steht der Kampf gegen die soziale Spaltung in der Stadt. Die Stadtteile haben sich auseinanderentwickelt – diesen Trend gilt es mit einer aktiven Stadtentwicklungspolitik umzukehren. Jeder Stadtteil soll lebenswert sein – mit funktionierender Infrastruktur (Gehwege, Beleuchtung, etc.), mit Stätten für soziale Begegnungen, guter Anbindung an den ÖPNV und mit attraktiven öffentlichen Bildungseinrichtungen. Hier sollte vorrangig investiert werden, anstatt das Geld der Stadt nur in Prestigeob-



jekte zu stecken. Steffen nimmt sich vor, als OB das Arbeitsklima in der Stadtverwaltung und die Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und OB/Verwaltung zum Wohle der Stadt zu verbessern. Die Entscheidungsprozesse der Verwaltung sollen transparenter werden. Steffen ist überzeugt, dass er mit seiner politischen Erfahrung als Kommunalpolitiker und Senator viel Gutes für die Menschen in Rostock erreichen kann. In den kommenden Wochen wird er im Kreisverband um Unterstützung für seine Kandidatur werben. Die Stadtteilverbände sind herzlich eingeladen, ins Gespräch mit dem Kandidaten zu kommen. Auf einer Gesamtmitgliederversammlung am 26.10.2018 hat die Rostocker Basis das abschließende Wort über die OB-Kandidatur.

KLARTEXT online

Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) legt offen, dass in Deutschland etwa 4,4 Millionen Kinder von Armut betroffen sind. Das sind 1,4 Millionen mehr als bisher – zumindest von offizieller Seite – angenommen.

Auch wenn wir als LINKE seit Jahren auf das wachsende Problem Kinder- und Jugendarmut in ganz Deutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern hinweisen, so sind diese Zahlen erschreckend. Wie kann es sein, dass in so einem reichen Land, wie diesem, die soziale Spaltung mittlerweile so enorm ist, dass jedes



dritte Kind in Armut leben muss? Noch vor nicht allzu langer Zeit bestritten SPD und CDU, dass diese Zahlen für unser Bundesland zuträfen.

Doch wie sich zeigt und dies nun auch der DKSB bestätigt, wird das Problem bundesweit lieber mit statistischen Tricks kleingeredet als Abhilfe geschafft. Viele Eltern nehmen die staatlichen Leistungen wegen bürokratischer Hürden oder schlicht aus Scham nicht in Anspruch und fallen daher nach der Zählart von Schwarz-Rot aus der Statistik. Hier muss die Frage erlaubt sein, ob die aufwendigen Antragsverfahren für Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket absichtlich gewählt sind, um Menschen davon fern zu halten. Hier bedarf es sofortigen Änderungen.

Dass die Bundes- und Landesregierungen aus CDU und SPD scheinbar keine Plan gegen die erdrückende Kinderarmut haben, ist ein Armutszeugnis. Als LINKE fordern wir die Absicherung aller Kinder und Jugendlichen mit einer Kindergrundsicherung in Höhe von rund 600 Euro. Außerdem muss das Armutsrisiko für Familien, insbesondere bei Alleinerziehenden, durch einen Mindestlohn ohne Ausnahmen in Höhe von 12 Euro sowie eine ausreichende Mindestrente und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro abgefangen werden.

www.die-linke-mv.de

Fortsetzung von Seite 1

Dem Hass und der Hetze stellte sich Hunderte Demonstranten entgegen: laut, bunt und friedlich. Dem Demozug durch Warnemünde voraus ging ein internationales Fest im Dock Inn, ein neues Hostel für junge progressive Leute. 300 Teilnehmer bastelten Schilder, ließen sich international verköstigen und lauschten der Musik der Bumms Boys. Nach dem Demozug mit Zwischenkundgebung standen die schließlich etwa 1200 Menschen auf der Promenade den AfD-Demonstranten gegenüber, getrennt durch die Polizei. Es blieb friedlich. Besonders hervorheben möchte ich, dass auch ältere Genoss*innen es sich nicht nehmen ließen, per Bus zu den Kundgebungen zu fahren.

Es gab eine Schweigeminute für die bisher im Mittelmeer ertrunkenen Geflüchteten sowie einen Redebeitrag der Aktion Seebrücke, die vor einigen Wochen gegründet wurde, nachdem den Seenotrettern von Lifeline das Anlegen in Mittelmeerhäfen untersagt worden war. Es gab bereits einige Demos in Deutschland, eine Art Sammlungsbewegung, sehr dezentral organisiert und durch verschiedene Organisationen unterstützt.

Kritik gab es an der Polizei. Bereits im Vorfeld hatte das Bündnis Rostock Nazifrei, in dem auch DIE LINKE engagiert ist, eine Bilanz der vorangehenden Proteste gezogen. Da Polizei und Ordnungsamt den bisherigen Gegendemos nur Steine in den Weg gelegt hätten, habe sich das Bündnis diesmal gegen die Organisation entschieden. Die Initiative „Rostock hilft“ sprang ein. Auch am 5.8. gab es wieder Grund für Kritik. Bereits beim Internationalen Fest zeigte die Polizei unnötig viel Präsenz, Zivilpolizisten sahen nach dem Rechten. Die Polizei hätte danach auf der Promenade Protest in Sicht- und Hörweite garantieren müssen. Aus den ohnehin viel zu weiten 100 Metern wurden schließlich 200 Meter Abstand zwischen Demo und Gegendemo. Unsere Landtagsabgeordnete Karen Larisch wurde an der Ausübung ihrer Rechte behindert. Dazu kündigte sie eine Beschwerde beim Innenminister an.

Die nächste AfD-Demo ist für den 22.9. angekündigt, diesmal in der Innenstadt. Als Gast wird u.a. Björn Höcke erwartet. DIE LINKE wird ab 14 Uhr auf dem Uniplatz mit einem Familienfest ein Signal gegen die AfD-Hetze setzen. Kommt bitte zahlreich zu unserem Fest und zeigt Gesicht für ein weltoffenes Rostock! Text und Fotos: Carsten Penzlin



Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Anlässlich des Stadtgeburtstages 2018 weist der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hin. In dieser Ausgabe geht es um meine sehr subjektiven Erinnerungen an die Reaktionen auf die schrecklichen Ereignisse von 1992.

In der Wikipedia wird Empathie als „die Fähigkeit und Bereitschaft, Empfindungen, Gedanken, Emotionen, Motive und Persönlichkeitsmerkmale einer anderen Person zu erkennen und zu verstehen“ bezeichnet. Ergänzt wird, dass zur Empathie gemeinhin auch gezählt wird, aus Mitgefühl zu angemessenen Reaktionen auf Gefühle anderer Menschen, zum Beispiel Mitleid, Trauer, Schmerz und Hilfsbereitschaft, fähig zu sein.

Der Empathie ist auch die sechste Stele gewidmet, mit der an die furchtbaren ausländischerfeindlichen Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992 erinnert werden soll. Diese Stele, die den Zwischenraum zwischen zwei sich umarmenden Menschen darstellt, wurde am 24. August auf dem Doberaner Platz feierlich enthüllt.

Aus Anlass dieser Zusammenkunft erinnerte ich mich daran, was ich selbst damals erlebt hatte. Lange schämte ich mich, wenn ich mit meiner Reisetasche, auf der die Buchstaben „ROSTOCK“ standen, unterwegs war. Aber ich hatte doch eigentlich gar keinen Grund, mich zu schämen. Ich war doch beispielsweise einer der Teilnehmer der Demo auf dem Universitätsplatz gleich am Mittwoch nach dem Pogrom. Fast alle Medien hatten vor den

„linken Chaoten“ gewarnt, die Rostock verwüsten würden. Viele Schaufenster in der Kröpeliner Straße waren mit Sperrholz vernagelt.

Nachdem Rostocker und Schweriner Ver-



antwortliche und die Polizei den Nazi-Mob gewähren ließ, schürte man nun die Angst vor uns. Damals wie heute wurden und werden rechte Verbrechen verharmlost und linker Widerstand verteufelt. Damals wie heute sind die Linken nicht einig. Immer wollen die einen Linken ein wenig richtiger links sein als die anderen – und die Gesellschaft wird gleichzeitig immer rechter...

Ich habe damals in Teterow zusammen mit meinem Wessi-Freund Enno gearbeitet, der für die gleiche Arbeit weit mehr Gehalt bekam als ich. Er hatte in Groß Klein ein Zimmer und konnte abends die Rostocker sehen, die von der S-Bahn-Brücke aus die Eskalation zum Teil recht wohlwollend beobachtet haben. Wir haben in großer

Sorge über die katastrophale Politik der rivalisierenden Politiker der Stadt und des Landes diskutiert, die jeweils der anderen Seite deren Unfähigkeit nachweisen wollten. Das ermutigte und enthemmte den Mob. Wir konnten nur bei einem einzigen Rostocker Politiker erkennen, dass er in dieser von Ausschreitungen geprägten Situation seiner Verantwortung gerecht wurde: Wolfgang Richter.

Wir beeilten wir uns, um pünktlich bei der Demo zu sein, mit der das andere Gesicht Rostocks gezeigt werden sollte. Wir waren nur knapp 60 Teilnehmer. Die Einschüchterung hatte gewirkt.

Am Wochenende danach war die Polizei, die in Lichtenhagen so kläglich versagt hatte, in der Lage Rostock weiträumig vor Demonstranten aus der ganzen Bundesrepublik abzuriegeln. Der Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi wurde in Bad Doberan nicht durch die Absperrung gelassen. Das erinnert an Karin Larisch in diesem Sommer, deren Landtagsmandat die Polizei auch nicht abgehalten hat. Das macht aufmerksam auf die aktuelle Aussetzung der Pressefreiheit in Dresden und Stuttgart durch Polizisten.

Umso erfreulicher war nun für mich, dass bei der Enthüllung der Stele „Empathie“ so viele Menschen teilgenommen haben. Ich finde auch das Thema Empathie sehr passend und klug gewählt. Empathie ist so wichtig, und sie scheint Nazis, Pegida und AfD völlig zu fehlen. Notwendig ist ein sehr breiter Widerstand gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft.

Text und Foto: Wolfgang Bergt

Rentendebatte: SPD darf nicht nur dicke Backen machen, sondern muss auch pfeifen!

Angesichts des Vorstoßes von Bundesfinanzminister Scholz (SPD) für eine Ausweitung des gesicherten Rentenniveaus bis Ende der 2030iger Jahre erklären die Landesvorsitzenden der LINKEN M-V, Wenke Brüdgam und Torsten Koplin:

Die SPD hat die gültige Regelung, das Rentenniveau bis zum Jahr 2025 auf 48 Prozent zu belassen, mit herbeigeführt. Wenn Bundesfinanzminister Scholz nunmehr für die SPD eine Ausweitung dieser Garantie bis zum Jahr 2040 fordert, ist eine Debatte zu diesem Thema nur zu begrüßen. Jedoch: Die SPD darf an dieser Stelle nicht nur dicke Backen machen, sondern muss auch pfeifen.

Wir als LINKE haben bereits beim Zustandekommen der jetzigen Regelung protestiert. Dies aus zwei Gründen: Das Renten-

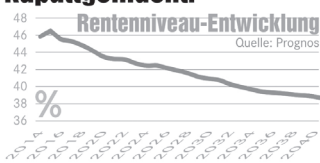
niveau auf 48 Prozent einzufrieren, ist zu gering und eine vollständige Angleichung der Renten Ost an das Niveau der Renten West erst im Jahr 2025 herbeizuführen, ist entschieden zu spät.

Nicht von ungefähr leben allein in M-V derzeit mehr als 22.000 Menschen in Altersarmut. Der Vorstoß von Scholz sollte genutzt werden, um endlich soziale Gerechtigkeit in der Rente herzustellen. Eine Perspektive für das Rentenniveau bis zum Jahr 2040 eröffnet die Chance, Vertrauen in das Solidarsystem der gesetzlichen Rentenversicherung zurückzugewinnen.

DIE LINKE fordert, das Sicherungsniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben – das wären 130 Euro mehr für den „Durchschnittsrentner“. Um Altersarmut künftig zu vermeiden, kämpfen wir für eine „Solidarische Mindestrente“ von 1.050 Euro. Und nicht zuletzt muss umgehend die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner beendet werden. Dabei müssen weiterhin niedrige (Ost-)

Löhne bei der Rentenanrechnung aufgewertet werden. Zur Finanzierung unserer Forderungen schlagen wir u.a. die Anhebung und langfristig die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze sowie die Berücksichtigung aller Erwerbseinkommen für die Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung vor.

Jahrzehntlang haben CDU, SPD, Grüne und FDP die gesetzliche Rente kaputtgemacht.



Höchste Zeit für eine neue solidarische Rente:

- Rentenniveau auf 53%
- Mindestrente 1.050 €
- Ostrenten angleichen

DIE LINKE.
die-linke-mv.de

Zur Sammlungsbewegung „Aufstehen“

Am 4.9. (nach Redaktionsschluss) fällt der Startschuss zur Sammlungsbewegung „Aufstehen“. Mitstreiter konnte man schon vorher durch eine Registrierung auf der Website www.aufstehen.de werden. Der Auftakt im August war spektakulär, das Echo in den Medien bemerkenswert. Das Fernsehen berichtete an prominenter Stelle, in Zeitungen gab es Analysen.

Aufschlussreich war die Reaktion der BILD-Zeitung. In den Monaten zuvor war dort noch auf das große Potenzial der Sammlungsbewegung verwiesen worden. Das Ziel war vermutlich, einen Keil in die LINKE zu treiben. Nun das Umschwenken, da das große Medienecho vom Wochenende den BILD-Machern vielleicht doch ein wenig unheimlich wurde. BILD-Autor und Historiker Michael Wolffsohn fühlte sich beim Wort „Bewegung“ nicht etwa an die Friedensbewegung oder an die Anti-Atomkraft-Bewegung erinnert, sondern an die Nazizeit. Die Nazis hätten ja auch Wert darauf gelegt, nicht als herkömmliche Partei, sondern als Bewegung wahrgenommen zu werden. Wolffsohn unterstellt Sahra Wagenknecht eine nationale und soziale Politik, aber vom Nationalsozialismus habe Deutschland wirklich genug gehabt. BILD-Chef Julian Reichelt fand solche Aussagen ganz wunderbar und verwies dann auch noch auf leere Regale in Venezuela. Nach dem Motto: Das droht uns auch in Deutschland.

In den ersten zwei Wochen unterzeichneten ca. 80.000 Menschen den Aufruf zur Gründung der Sammlungsbewegung. „Aufstehen“ versteht sich als soziale und demokratische Erneuerungsbewegung, als Bewegung für ein gerechtes und friedliches Land. Die Bewegung will das Internet und die Straße erobern, durch Kampagnen Druck aufbauen. Laut Sahra Wagenknecht ist in Deutschland der linke Zeitgeist stärker ausgeprägt als der rechte Zeitgeist, also die Unzufriedenheit mit der sozialen Schieflage größer als die Wut auf die Flüchtlinge. Das Ziel der Bewegung ist es, diesem linken Zeitgeist in den Parteien und in der Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Die Mitglieder der Sammlungsbewegung sollen ein Gegengewicht gegen die Lobbyisten mit dem vielen Geld bilden. Die Sammlungsbewegung soll keine neue Partei werden. Aber man will die Parteien (DIE LINKE, SPD, Grüne) umkrepeln, so wie es beispielsweise Jeremy Corbyn in Großbritannien mit der Labour Party gemacht hat. Es ist auch die Rede davon, bei Wahlen die Listen der Parteien für Mitglieder von „Aufstehen“ zu öffnen. Gelingt dieser Linksschwenk, könne man wieder über Rot-Rot-Grün nachdenken.

Es geht aber auch darum, parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit

zu verbinden. Oskar Lafontaine vergleicht „Aufstehen“ mit „der Friedens-, Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung“. Daraus seien auch keine Parteien entstanden und trotzdem hätten sie die Gesellschaft verändert, sagt Oskar. Damit könnten parteilose Linksdenkende mobilisiert werden. Auch Sahra Wagenknecht betont, wie wichtig es ist, Menschen zu gewinnen, die keiner Partei mehr vertrauen. Sahra hebt auch hervor, dass niemand seine bisherige Organisation verlassen muss. Die Mitglieder der Sammlungsbewegung müssten nicht zu allem eine gleiche Meinung haben, es müsse eine „hohe innere Toleranz“ geben, hört man aus der Bewegung.



Das hört sich gut an. Niemand kann etwas dagegen einwenden, dass links denkende Menschen zusammengebracht und zum politischen Handeln animiert werden – darunter viele Menschen, die jegliche Hoffnung auf positive Veränderungen schon aufgegeben hatten. Das Ziel ist richtig, aber führt der Weg dorthin über die Bewegung „Aufstehen“?

Bislang gaben sich nur wenige SPD- und Grünenmitglieder als Unterstützer zu erkennen. Ansonsten gab es eisige Ablehnung, was mit der Dominanz rechter Kräfte in diesen Parteien, aber auch viel mit den Personen Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht zu tun hat. Sie sind in der Vergangenheit nicht als Brückenbauer zu Sozialdemokraten und Grünen in Erscheinung getreten. Kritik gibt es auch an den angeblich nationalistischen Tönen von Sahra. Interessant ist, dass sich bislang wenige Politiker der Linkspartei zur SB bekannt haben. Die Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen, Diether Dehm, Sabine Zimmermann und Fabio de Masi bilden eine Ausnahme. Dietmar Bartsch zeigte anfangs Sympathien, wurde dann aber deutlich skeptischer. Bernd Riexinger äußerte sich klar ablehnend, er sei schon

eingesammelt, nämlich von der Partei DIE LINKE. Er wolle seine ganze Energie in den nächsten Jahren dafür einsetzen, unsere Partei stärker zu machen. Der Geschäftsführende Parteivorstand der LINKEN verweist auf unsere erfolgreiche Bündnisstrategie in Form der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften (Pflegekampagne), Mieterinitiativen, Friedensbündnissen usw. Das solle ausgebaut werden. So denken viele Mitglieder der Linkspartei. Wenn man sich die Ziele von „Aufstehen“ anschaut, ist es das klassische Programm unserer Partei (soziale Frage und Friedenspolitik). Warum stärkt man nicht einfach die Linkspartei, die ja auch als eine Art Sammlungsbewegung gegründet wurde?

Die Antwort liegt wohl in der Flüchtlingspolitik, in dem Streit über offene Grenzen. Eine Reihe von Äußerungen deutet auf den hohen Stellenwert dieses Themas für die Initiatoren von „Aufstehen“ hin. Realistisch wolle man sein, weniger moralisieren. So wandte sich Sahra Wagenknecht in einem Zeitungsartikel gegen die „grenzenlose Willkommenskultur“, die von Teilen ihrer Partei vertreten werde. Diese Haltung lehne sie genauso ab wie die Ressentiments der AfD. Sahra sprach sich gegen ein Einwanderungsgesetz aus, stattdessen solle das Bildungssystem in Deutschland gestärkt werden, um den Fachkräftemangel zu beheben. Ihr Ziel ist offensichtlich, jene potenziellen LINKEN-Wähler anzusprechen, die mit der Flüchtlingspolitik der Partei hadern. Das sind nicht wenige.

Dass Sahra eine Revision der Flüchtlingspolitik zum Schwerpunkt der neuen Sammlungsbewegung macht, erhöht nicht die Erfolgsaussichten im linken Spektrum. Denn dort finden sich hunderttausende Flüchtlingshelfer, die sich durch bestimmte Äußerungen vor den Kopf gestoßen fühlen. Es spricht eher jene Wähler an, die mit den politischen Kategorien „links“ und „rechts“ nichts anfangen können, sondern vor allem durch die Wut gegen Missstände mobilisiert werden. Sahra Wagenknecht sagt selbst, dass viele Menschen mit den Begriffen links und rechts nichts mehr anfangen können; Fabio de Masi sagt, dass diese Begriffe völlig bedeutungslos seien. Das sind bemerkenswerte Aussagen von führenden Linkspolitikern.

Kritik gibt es auch an der Organisation der Sammlungsbewegung. Sie entsteht nicht von unten, also aus der Gesellschaft heraus (Graswurzelbewegung), sondern wird durch eine Spitzenpolitikerin initiiert, dominiert und beinahe konspirativ vorbereitet. Denn schon hat „Aufstehen“ das Etikett „Wagenknecht-Bewegung“. Es ist paradox: Man will parteienskeptische Menschen anziehen, aber an der Spitze

der Bewegung steht eine aktive Parteipolitikerin. Das ist eben ein Dilemma: Für die Medien braucht man eine charismatische Person an der Spitze, diese Person kann aber nicht die Arbeit an der Basis, also in den Kommunen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen leisten. Dort lassen sich die Aktivisten höchst ungern zum Teil einer PR-Show für eine Spitzenpolitikerin machen.

Noch ist völlig unklar, wie die Sammlungsbewegung denn vor Ort konkret Wirkung entfalten kann. Von einer Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, wie sie unsere Partei anstrebt, ist bei „Aufstehen“ nicht die Rede. Es gibt ja schon viele Bewegungen. Wie wird man sie einbinden, sich mit ihnen vernetzen? Werden sich die Bewegungen nicht erdrückt fühlen von der großen Sammlungsbewegung, die den großen Wurf will?

Wie steht es um die innere Demokratie in der Bewegung? Wer bestimmt die politischen Inhalte, wer entscheidet, welche Personen das Gesicht der Bewegung sind, wer kontrolliert die Finanzen? Nehmen

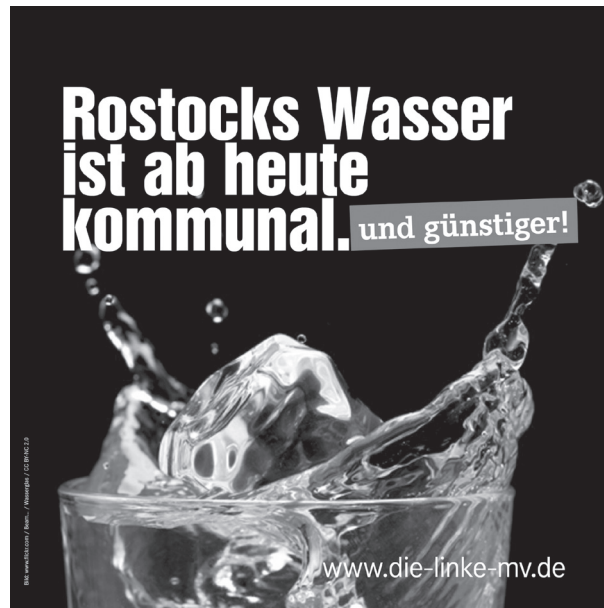
wir an, „Aufstehen“ führt 200.000 linksdenkende Menschen zusammen, die typischerweise sehr an Mitsprache interessiert sind und sich nichts von oben diktieren lassen wollen, weil sie das satt haben. Wie organisiert man diese sehr heterogene Masse, ohne dass Chaos entsteht? Denn eines ist klar: Jeder kann beitreten.

Im Aufnahmeformular wird die Parteimitgliedschaft abgefragt. Da findet sich auch die AfD. LINKE und AfD-Mitglieder Seit an Seit?

Die Sorge ist groß, dass die Sammlungsbewegung eher zur weiteren Spaltung, als zur Sammlung linker Kräfte führen wird. Wird aus „Aufstehen“ doch eine Partei, wenn Sahra und Oskar sich in der Linkspartei weiter isolieren? Schon jetzt verweigert Sahra jegliches Gespräch mit dem Parteivorstand. Auch die Gründung von „Aufstehen“ war nie ein Gesprächsthema.

Viele Linke werden meine Skepsis nicht verstehen und vor allem die Chancen der Sammlungsbewegung sehen. Dass wir einen Linksruck in der Gesellschaft dringend brauchen und unsere Partei alleine diesen nicht bewirken kann, ist klar. DIE LINKE kann jeden Rückenwind von außen gut gebrauchen. Aber aufgrund fehlender Informationen über die Sammlungsbewegung und angesichts ihrer Dimensionen muss ein kritischer Blick erlaubt sein.

Carsten Penzlin



Linke Woche der Zukunft

Wie wollen wir leben? Wie sehen die Städte der Zukunft aus? Wie retten wir das Klima? Was wollen wir produzieren und wie? Wie wird Digitalisierung gerecht? Was muss passieren, damit die Arbeit ums Leben kreist? Wie stellen wir uns den Rechten in den Weg? Was tun wir gegen Aufrüstung und Waffenexporte? Wie machen wir Politik vor Ort, in Europa? Wie werden wir mehr? Wie verändern wir die Welt? Zwischen 13. und 16. September machen wir eine „Linke Woche der Zukunft“. In der Zeit wird von der Rosa Luxemburg Stiftung auch über:morgen stattfinden. Durch diese Woche der Zukunft ziehen sich verschiedenen Fragen und Stränge: Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus und wie wird sie gerecht verteilt - zwischen den Geschlechtern, zwischen den Überarbeiteten und denen in unfreiwilliger Teilzeit oder Erwerbslosen, also den Menschen, die gern mehr arbeiten würden?

Wir sprechen über gerechte Pflege, das neue Gesicht der Arbeiterklasse und eine verbindende Klassenpolitik von unten. Wir fragen nach dem Umbau der Wirtschaft, der Umverteilung von Reichtum und beleuchten die Tatsache, dass sich nur die Reichen einen armen Staat leisten können. Wir stellen dem digitalen Kapitalismus unsere Alternativen entgegen. Wir planen einen sozialen und ökologischen Umbau, eine Transformation der Kriegswirtschaft und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Wir zeichnen das Bild einer Zukunft, in der das Öffentliche allen gehört und es wirk-

lich etwas zu entscheiden gibt. Wir benennen die Gegner und sagen Ungleichheit, Spekulation, Austerität, Aufrüstung und Kriegstreiberei den Kampf an. Im Mittelpunkt stehen dabei LINKE Politik und Organisation: internationaler Austausch, sozialistische Kommunalpolitik, Formen der Selbstorganisation, die Verknüpfung von Partei, Parlament und Bewegung. Die linke Woche wird keine herkömmliche Konferenz sein, auf der vor allem berühmte Menschen und Fachleute über Theorie, Analysen und die Herausforderungen der Zukunft sprechen. Wir wollen gute Analysen und Strategien, aber sie werden nur wirksam, wenn sie sich verbinden mit den Fragen „Was tun?“ und „Wer tut es?“. Wie übersetzen wir die Analysen in politische Praxis? Wie lernen wir von guten Erfahrungen und Strategien? Wie können Verbindungen zwischen Aktiven entstehen, wie bauen wir Bewegungen von unten auf? Das soll auf der Konferenz ebenfalls im Fokus stehen. Die linke Woche der Zukunft wird Event, Labor, Debattenraum und Politreffen sein. Neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen wird es deshalb Workshops zur gemeinsamen Arbeit geben und Labore und Vernetzungstreffen, in denen der Austausch zwischen den Beteiligten im Mittelpunkt steht. Wir verbinden Politik und Kultur, Gesellschaftsanalyse und eingreifende Praxis, die Partei und ihr Umfeld, kollektives Handeln und gemeinsames Feiern, Strategie und Theater - und wir wollen nach Berlin und in das politische Tagesge-

schehen ausstrahlen.

Wir wollen diskutieren und 3D-drucken, planen und programmieren, lernen und Erfahrungen teilen, feiern und vernetzen.

Wir bieten ein Tribunal zum Pflegenotstand, Diskussion und Vernetzung zu Klassenkampf im Plattform-Kapitalismus, ein feministisches Labor, einen Crashkurs zum linken Organizing, Aufstehen gegen Rassismus, Kämpfe um Zeit und Gerechtigkeit. Lesungen zu Literatur und Klassenkampf, einen Mittagstalk mit Gregor Gysi und einen Poetry Slam zum Leben im Mindestlohn. Wir reden über die Rolle von Theater und Kultur im Kampf gegen Rechts. Wir planen den sozial-ökologischen Umbau, eine Verkehrswende jenseits von Diesel und Elektroauto und für lebenswerte Städte. Mieter-Initiativen, Pflegekräften, Kämpferinnen und Kämpfer für kürzere Arbeitszeiten werden sich vernetzen. Wir reden über die Demokratie der Zukunft und wie wir uns die Politik und die Zukunft zurückholen.

Wir laden ein zu einem Abend umsonst und draußen mit Musik, Kultur und Politik für bezahlbares Wohnen. Die klassische Kinderbetreuung wird durch ein inhaltliches Programm für Kinder ergänzt.

Die linke Woche der Zukunft findet vom 13. bis 16. September 2018 in Berlin, Franz-Mehring-Platz1 statt.

Anmeldung und Informationen hier: <http://www.linke-woche-der-zukunft.de>

„Warum wir DIE SOZIALEN sind“ - Regionalkonferenz in Rostock

Seit einiger Zeit führt unser Landesverband Regionalkonferenzen zu bestimmten Themen durch. Am 25.8. stand in der Rostocker Stadthalle die soziale Arbeit in der Hansestadt im Fokus.

Unser Sozialsenator Steffen Bockhahn gewährte auf der Konferenz interessante Einblicke in seine Arbeit. Linke Kommunalpolitik findet unter der Prämisse statt, dass die Leistungsgesetze (z.B. Hartz-IV) immer auf Bundesebene, seltener auf Landesebene gemacht werden. In der Kommune hat man immer nur mit den Folgen unsozialer Gesetzgebung zu kämpfen, ist quasi der Reparaturbetrieb des Kapitalismus. Steffen machte aber in seinem Beitrag deutlich, dass es nicht reicht, immer nur Hilfe im Notfall anzubieten. Soziale Arbeit in den Stadtteilen sollte viel stärker durch Prävention gekennzeichnet sein, um Notfälle zu vermeiden. Hier gibt es Spielräume, die zu nutzen sind. Wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist, wird es schwierig und teuer. Dabei könnten durch die Arbeit mit Familien viele Probleme frühzeitig erkannt und bewältigt werden. Entsprechende Assistenzsysteme, z.B. die Elternberatung in den Kitas, müssten gestärkt werden. Das sei doch besser, als Kinder oder Jugendliche später in Wohngruppen unterbringen zu müssen (man denke an die aktuelle Debatte über die Rostocker „Problemkids“), erklärte Steffen. Daran knüpfte der Beitrag von Steffen Ohm an. Der Leiter des SBZ Dierkow berichtete über die praktische Arbeit im Sozialraum und Möglichkeiten und Grenzen sozialer Unterstützung. In Dierkow-Neu sind 40% der Haushalte von Transfereinkommen abhängig. Im SBZ gibt es praktische Hilfe, etwa durch Kleiderkammer und Tafel-Ausgabestelle. Im SBZ gibt es menschliche Nähe und die Möglichkeit zu ehrenamtlichen Engagement. Es gibt hier manchmal aber auch Überforderung, weil die soziale Arbeit in der Stadt mit ihrer Vielzahl an unterschiedlichen Trägern zu wenig vernetzt ist. Oft weiß man nicht, ob Familien mit Problemen bereits Hilfe bekommen. Auch die Arbeit mit geflüchteten und häufig traumatisierten Jugendlichen, die aus der Innenstadt verdrängt wurden, verläuft nicht ohne Probleme.

Viele Stellen im Sozialbereich sind unbesetzt. Bei den Trägern oder auch in der Verwaltung können Stellen aufgrund feh-

lender Bewerber nicht besetzt werden. Steffen Bockhahn berichtete, dass 200 Betten in Rostock nicht belegt werden können, da Pflegepersonal fehlt. In den nächsten 10 Jahren gehen 25% der Kita-Erzieherinnen in Rente. Es wird aber viel zu wenig Nachwuchs ausgebildet, da die Landesregierung hierfür nicht die nötigen Kapazitäten bereitstellt. Aus dem Publikum

es in Rostock durchaus funktionieren soziale Netzwerke gäbe, etwa in Form von Beratungsstellen. Deren Finanzierung steht aber auf wackligen Füßen. Es gibt in Rostock auch zu wenige Familienhebammen, die Familien im ersten Jahr nach der Entbindung begleiten. Gibt es derzeit noch neun Familienhebammen in Rostock, ist es 2019 wohl nur noch eine. Es gebe hier auch keine Betten für Mütter mit Wochenbettdepression, kritisierte Meindl. Die Kitaplätze in Rostock seien ungünstig verteilt.

Gibt es Lichtblicke? Thomas Schneider von den Rostocker Stadtwerken berichtete über die 2013 ins Leben gerufene Initiative „Lernen – aber satt“. Stadtwerke, WIRO und OSPA spendieren jedes Jahr 80.000 Frühstücksportionen für Rostocker Schulkinder, die zuhause nicht versorgt werden. Mit der Aktion wolle man auch verantwortungslose Eltern wachrütteln, die ihre Kinder ohne Frühstück in die Schulen schicken. Mit mäßigem Erfolg, denn die benötigten Portionen werden leider nicht weniger.

Was tun? Steffen Bockhahn fordert eine zweckgebundene Finanzausstattung der Kommunen, damit Gelder von Land oder Bund nicht in Prestigeobjekte fließen, sondern in die soziale Arbeit. Vieles dort ist eine freiwillige Aufgabe der Kommune, so dass die Kämmerer dort besonders gerne Mittel kürzen. Gestärkt werden muss die aufsuchende soziale Arbeit, z.B. durch Streetworker. Es müssen Wege gefunden werden, auch jenen Familien zu helfen, die durchs Raster gefallen sind, deren Probleme niemand auf dem Schirm hat. Hilfe muss es auch für ältere einsame Menschen geben. Hierzu kündigte unser Sozialsenator eine Initiative an.

Kurz, aber intensiv, wurde auch über die Frage debattiert, wie unsere Partei in Wahlkämpfen mit den beschriebenen Problemen umgehen soll. Sollten wir nur Dinge versprechen, die wir auch halten können? Oder sollten wir darlegen, wie wir die Gesellschaft grundsätzlich verändern wollen? Dieser Zwist begleitet linke Politik von Anfang an.

Es war eine äußerst interessante Konferenz, die wertvolle Einblicke in die praktische Arbeit von Sozialpolitikern und Sozialarbeitern gewährt hat. Dafür ist den Organisatoren und den Teilnehmern zu danken.

Text: Carsten Penzlin; Fotos: DIE LINKE.MV



gab es den berechtigten Hinweis, dass der Fachkräftemangel kein Naturereignis ist, sondern auch Folge der schlechten Arbeitsbedingungen.

Aus dem schwierigen Alltag einer Sozialarbeiterin berichtete Heike Mittelstädt, Leiterin des Jugendklubs „Alte Molkerei“ in Güstrow. Sie bekommt sehr wenig Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Viele Jugendeinrichtungen in Güstrow wurden in den vergangenen Jahren geschlossen. Auch deshalb lehnt die Stadtfraktion der LINKEN den Haushalt immer ab, erklärte die Abgeordnete Karen Larisch.

Über konkrete Probleme der sozialen Arbeit in Rostock berichtete Andreas Meindl von der Caritas. Er konnte berichten, dass

Aus dem Rathaus

Mehr Geld für Streetworker im Bereich der Suchtkrankenhilfe

Der städtische Zuschuss für das Projekt „Kontaktladen“ des Caritasverbandes in Rostock soll steigen. „Damit wird ermöglicht, dass sich die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter künftig besser um jugendliche und Erwachsene kümmern können, die Drogen konsumieren oder durch Drogenmissbrauch gefährdet sind“, erläutert Steffen Bockhahn, Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport. Statt der bisher 100 Stunden sollen so künftig 120 Stunden pro Woche finanziert werden. Die Mittel dafür, in diesem Jahr 80.000 Euro und im kommenden Jahr 100.000 Euro, werden aus den Budgets des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl sowie des Gesundheitsamtes bereitgestellt. „Wir reagieren damit auf einen Hilferuf des Trägers, der auf den gestiegenen Bedarf hingewiesen hat“, so Senator Steffen Bockhahn. „Außerdem ermöglichen wir, dass den Menschen auch geholfen werden kann, wenn sie älter als 26 Jahre sind. Das war bisher kaum möglich.“ Kontinuierliche Aufklärung- und Präven-

tionsarbeit soll dem Konsum von legalen und illegalen Drogen durch Jüngere und Erwachsene entgegen wirken. Dabei geht es vor allem um Menschen, die zu Beratungsstellen oder Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe keine Berührungspunkte haben. Im Vordergrund stehen so genannte niedrigschwellige und Akzeptanz orientierte Angebote, die eine Verletzung vermeiden und Beschaffungskriminalität verhindern sollen. Die Arbeit des freien Trägers wird von den zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung fachlich begleitet. Die endgültige Entscheidung über die Erhöhung der städtischen Zuwendungen, die etwa 80 Prozent der Gesamtkosten für das Projekt abdecken, trifft der Jugendhilfeausschuss voraussichtlich während seiner Sitzung am 28. August 2018.

Rostock ist weltoffen und friedlich

Im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel wurden am 18. August drei syrische Frauen zunächst ausländerfeindlich beschimpft und später tätlich angegriffen. Dabei wurde eine 48-Jährige, die ihren wenige Monate alten Enkel auf dem Arm trug, in einen

Teich gestoßen. Die Frauen blieben unverletzt. Die Suche nach den Tätern läuft. Dazu erklärt Steffen Bockhahn, Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport und 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters: „Wer Frauen und Kleinkinder angreift, hat nicht nur jeden Anstand, sondern auch seine Menschlichkeit verloren. Wenn das dann aus niederträchtigen Motiven wie Rassismus passiert, ist das noch schwerer zu ertragen.“

Ich bedauere zutiefst, dass diese Frauen, die zu uns gekommen sind, um endlich in Sicherheit leben zu können, nun Opfer eines solchen Angriffs geworden sind.

Die Fahndung nach den Tätern wird hoffentlich schnell erfolgreich sein, damit diese dann eine deutliche Antwort des Rechtsstaates auf ihr kriminelles Handeln bekommen, schließlich handelt es sich um weit mehr als ein Kavaliersdelikt. Dieser abscheuliche Angriff zeigt ein weiteres Mal wie wichtig es ist, jeden Tag erneut deutlich machen, dass Rostock eine weltoffene und friedliche Stadt ist. Rassismus und Gewalt werden wir nicht dulden und mit allen Mitteln bekämpfen.“

Pressemitteilungen

Waffen für die Bundeswehr

Kennt Ihr das auch? Da war vor längerer Zeit in den Medien zu lesen, dass die Bundeswehr schlecht ausgerüstet sei. Ein bestimmtes Sturmgewehr funktioniere nicht präzise. Na, da kocht doch des Volkes Zorn hoch. Deutschland ist für Qualitätsarbeit weltweit bekannt und nun so eine Schande! Natürlich muss das schnellstens behoben werden. Hin und wieder erfolgten ähnliche Meldungen. Frau von der Leyen, die Verteidigungsministerin, hat alle Hände voll zu tun. Sie reist umher, um sich an Ort und Stelle über den Zustand der Ausrüstungen zu informieren.

Am 14. Juni las ich in der OZ, dass der neue Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Gerhartz, das Luftwaffengeschwader 73 in Laage besuchte. Hier werden bis zu 60 Piloten für ein modernes Waffensystem ausgebildet. Er lobte die Professionalität der Menschen am Standort, stellte aber fest, dass von den 24 Eurofightern nur 16 einsatzklar waren. Bei diesem Besuch wurde angekündigt, dass es im Herbst eine zwei-wöchige Übung geben würde. Dann solle geklärt werden, welche Kapazitäten Laage im „Krisenfall“ aufnehmen könnte. In wenigen Wochen solle am Standort eine „Alarmrotte“ zur Sicherung des deutschen Luftraumes mit anderen Schwesternverbänden gebildet werden. Im September fliegt das Luftwaffengeschwader 73 zur

großen britischen Übung „Cobra Warrior“, einer komplexen Luftkriegsoperation.

Ähnlich verlief eine Inspektion im Marinestützpunkt Hohe Düne. Auch hier wurden Mängel bei der Einsatzfähigkeit der Marineschiffe festgestellt. Merken Sie etwas? Es wird allmählich ganz normal darüber informiert, dass sich die Bundeswehr für „Krisenfälle“ vorbereitet. Auch wir als Bürger dieses Landes werden Schritt für Schritt daran gewöhnt. Schon längst warten unsere Soldaten nicht mehr auf einen Verteidigungsfall, sondern sind in vielen Ländern der Welt im Einsatz.

Seit 2002 sind die Militärausgaben in Deutschland von 25 Mrd. auf 37,5 Mrd. Euro angestiegen. Das sind etwa 1,2% des BIP (Bruttoinlandsprodukt). Die NATO gibt ein 2% - Ziel vor. Das sind dann nochmal 30 Mrd. Euro dazu. Das muss verhindert werden.

Dazu braucht es breite Zivilcourage. Als Krone des Problems empfand

ich, dass bei der Haushaltsdebatte des Bundestages ausgerechnet das Verteidigungsministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sich um diese Summe stritten. Für beide ist nicht genug Geld da.

„Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus!“ Das hat sich tief in mir eingebrannt.

Merve Hähnel (Aus dem Lütten Kleiner Blättchen)

Ihre Aufrüstung verschlingt Milliarden. Dreht dieser Frau endlich den Geldhahn zu! DIE LINKE.

www.die-linke-mv.de

Abgasgrenzwerte: Helmut Scholz im Gespräch mit dem NABU

Demnächst stehen im Europäischen Parlament Entscheidungen zur CO₂-Grenzwertverordnung für Fahrzeuge an. Daher lud der NABU Deutschland Helmut Scholz in deren Geschäftsstelle nach Berlin zum Gespräch, um seine Sicht der Dinge zu vermitteln.

In der Presse der letzten Wochen war viel über die vermeintlich negativen Auswirkungen schärferer Grenzwerte auf die Beschäftigtenzahlen in der Automobilindustrie zu lesen. Der NABU hat sich mit den Berichten befasst und seine Sicht in folgenden Positionen zusammengefasst und diese auch Helmut Scholz mitgeteilt.

1. Umweltgesetzgebung ist nicht die Ursache von Arbeitsplatzverlusten. Automatisierung ist der maßgebliche Treiber.

2. Höhere CO₂-Grenzwerte führen kurz- und mittelfristig zu einer Zunahme von Arbeitsplätzen.

3. Ohne den forcierten Einstieg in die Elektromobilität werden deutsche Hersteller, vor allem aber deutsche Produktionsstandorte, wesentlich stärker von einem Rückgang der Beschäftigungszahlen betroffen sein.

Helmut Scholz wiederum machte deutlich, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit, und somit auch sauberer Technologien, in den

von der Europäischen Union verantworteten Freihandelsabkommen vermerkt seien. Allein: festgehalten nur auf freiwilliger Basis. Für ihn und DIE LINKE sei daher klar, dass ökologische Kriterien endlich auch verbindlich für die Automobilindustrie kommen müssen. Daher sei DIE LINKE ebenso für eine Erhöhung der Investitionsquote in neue Technologien, um so mit zukunftsfest machender Forschung und Technik endlich dem Klimawandel begegnen zu können. Denn eines sei abzusehen: Erstens ist das Öl und damit auch der Verbrennungsmotor endlich. Und zweitens kommt aus Fernost verstärkt Elektromobilität auf den Markt. Sollte hier die heimische Industrie nicht zeitnah vergleichbare Technologien für die breite Masse herausbringen, wird es durch Angebot und Nachfrage erst recht zu gravierenden Umbrüchen in der heimischen Automobilbranche kommen.

Mitgestalten und agieren oder nur noch reagieren und das Nachsehen haben, so kann man es wohl formulieren.

Abschließend lud Helmut Scholz den NABU nach Brüssel ein, um an einer Frak-



tionssitzung bzw. einer Pressekonferenz zum Thema CO₂-Grenzwertverordnung für Fahrzeuge die europäische Öffentlichkeit zu erreichen.

Text und Foto: Felix Thier

Hiroshimagedenken am Schwanenteich

Jedes Jahr organisiert das Rostocker Friedensbündnis eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am Schwanenteich in Rostock in unmittelbarer Nähe des japanischen Gartens. Neben den Organisatoren, die ein sehr abwechslungsreiches wie anspruchsvolles Programm zugleich zu Ehren der Opfer der beiden Atombombenabwürfe 1945 auf die japanischen Städte darboten, waren zahlreiche Mitglieder verschiedener Organisationen wie von der DKP Rostock, DIE LINKE, VVN-BdA Rostock, ISOR, dem Verein zur Pflege der Tradition der NVA und der Grenztruppen der DDR, dem RotFuchs Förderverein e.V. Regionalgruppe Rostock und weitere Gäste solidarisch unterstützend am öffentlichen Gedenken, mit vor Ort.

Die atomaren Bombardierungen der beiden Städte am 6. und am 9. August 1945 rissen unmittelbar 100.000 Menschen – größtenteils japanische Zivilisten und koreanische Zwangsarbeiter – in den Tod, an den Folgeschäden starben noch weit mehr Menschen. Diese zwei Abwürfe blieben bislang die einzigen militärischen Einsätze von Atombomben als Massen-

vernichtungswaffen. Doch noch immer bestehen riesige Arsenale an diesen Waffen, vor allem in den USA, Russland, China und weiteren Ländern. Die BRD, welches Mitglied der NATO ist und entsprechend 20 Atomwaffen in Büchel stationiert hat, macht sich somit durch das Konzept der nuklearen Teilhabe mitschuldig. „Es sind deutsche Soldaten, die in Büchel den Abwurf der Atombombe üben und dies im Kriegsfall tun würden“, so ein Redner vom IPPNW. Hauptzweck der Bomben ist nicht nur die Bedrohung Russlands und Chinas, sondern sie dienen auch als politisches Druckmittel der USA und weiterer Nato-Staaten gegenüber fortschrittlichen Regierungen weltweit.

Alle Anwesenden fordern mit der Friedensbewegung ein weltweites Atomwaffenverbot und deren Vernichtung sowie den sofortigen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland! Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!

Auf der Veranstaltung konnten sich alle Teilnehmer mit Infomaterial versorgen und gleichzeitig mit ihrer Unterschrift für den bundesweiten parteiübergreifenden Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten!“ diesen unterstützen.

Der Kampf für den Frieden ist das Gebot der Stunde!!!

Ein würdiger, wie zugleich mahrender Abschluss der Veranstaltung, waren die über 100 in japanischer Tradition gebastelten Laternen im Lampionstil, die zum Gedenken an die Opfer in den Schwanenteich gesetzt wurden.

Text und Fotos: Carsten Hanke



Sommerfest in Krakow am See

Am 08. Juli fand das nunmehr 6. Sommerfest der LINKEN in Krakow am See statt.

Ich kann getrost von einer Tradition sprechen, bei der Anzahl der Feste.

Um es gleich vorweg zu sagen, es war ein voller Erfolg.

Das Wetter, die Teilnehmerzahlen, die Stimmung sowie das Interesse der Krakower Bevölkerung, alles stimmte.

MdL Karen Larisch und MdL Torsten Koplín stellten sich den Fragen und

führten sehr viele Gespräche.

Musik, Clownerie und eine große Tombola leisteten ihren Anteil zum

Gelingen.

Ein Dankeschön an dieser Stelle allen Mitgliedern und Sympathisanten aus Krakow und Umgebung.

Ein besonders großes Dankeschön an Heike Müller, der Cheforganisatorin.

Ich freue mich und bin gespannt auf das Sommerfest 2019!

Peter Hörnig
Kreisesvorsitzender



Boote in Krakow am See, Bild: Wolfgang Bergt

Klimaplan der LINKEN

Was nötig ist, um das Klima zu retten – Fünf konkrete Schritte und eine grundlegende Wende

Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie hat gerade ihre Forderungen nach einschneidenden Maßnahmen erneuert, währenddessen boykottiert die Bundesregierung die Klimaziele für 2020. Wir wollen alle umweltschädlichen Subventionen beenden. Kohlekraft ist ein Klima-Killer, Deutschland braucht dringend ein CO₂-neutrales Verkehrssystem. Mit Umweltverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fordert DIE LINKE einen grundlegenden Wandel in der Verkehrs-, Energie- und Klimapolitik. Das ist dringend notwendig, es ist bezahlbar und es würde das Leben für Millionen Menschen verbessern.

1. Ticketfreier Öffentlicher Nahverkehr Ein flächendeckender ticketfreier ÖPNV in ganz Deutschland bis 2022. – Wir beginnen mit einer Modellprojektphase in den 15 Städten, die am stärksten durch CO₂ und Feinstaub belastet sind. – Freie Fahrt für Kinder und Jugendliche in Bus und Bahn. Ab sofort fahren Kinder und Jugendliche in öffentlichen Verkehrsmitteln umsonst. – Parallel zur schrittweisen Einführung des ticketfreien öffentlichen Nahverkehrs müssen die Kapazitäten bei Bus, U- und S-Bahnen erheblich ausgebaut werden. Die Produktion der Verkehrsmittel und der Ausbau der Strecken müssen vorangetrieben werden. – Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung mindestens im Stundentakt, auch durch Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis.

2. Ausbau des Bahnverkehrs Wir wollen die Bahn stärken. Bei privaten Fahrten und für den Gütertransport. Die Bahn ist das ökologisch verträglichste Langstrecken-Verkehrsmittel. Sie muss öffentlich betrieben und am Bedarf ausgerichtet werden. Sie muss attraktiver und preiswerter gemacht werden. – Wir wollen die Ticketpreise senken und eine Sozial-BahnCard einführen. Es ist ein Unding,

dass die Bahn aufgrund der Subventionen für Flugbenzin für Viele unerschwinglich ist, die ökologisch schädlichen Flugverbindungen besonders in den Kurzstrecken aber staatlich zu finanziert werden. Dieser Trend muss umgekehrt werden! Gerade innerdeutsche und zentral-europäische Flüge können weitgehend durch gute, schnelle Bahnverbindungen ersetzt werden. Das europäische Nachtzug-Netz muss wieder ausgebaut werden. – Die Strecken müssen ausgebaut statt abgebaut werden. Die Pflege der Strecken muss wieder intensiviert werden. Dass nach jedem Sturm der Zugverkehr lahmliegt hat auch damit zu tun, dass die Gelder für die Pflege des Baumbestandes an den Strecken entlang gekürzt wurden. – Der Güterverkehr muss wieder auf die Schiene. Güterverkehr muss auch unter 300 km wieder auf die Bahn. Kein Stellenabbau bei DB-Cargo! Daher setzen wir uns für ein bundesweites Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung der bisher nur von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken ein. Die weitaus beste und sinnvollste Form von Elektromobilität ist und bleibt der Schienenverkehr.

3. Schluss mit den Subventionen des Flugverkehrs. – Die staatliche Subvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biokraftstoff« wollen wir abschaffen. Dabei geht es um eine Summe von über 15 Milliarden Euro jährlich. Internationale Flugtickets sollen nicht von der Mehrwertsteuer befreit bleiben. Wir wollen diese Subvention (4,7 Milliarden Euro) streichen und stattdessen den Mehrwertsteuersatz für Bahntickets halbieren. – Die sozialen Kosten des Dumpingwettbewerbs im Luftverkehr zeigen sich gerade beim Ryan-Air-Streik. Wir unterstützen die Beschäftigten in ihren Forderungen nach Tarifverträgen, besserer Bezahlung und guten Standards. Der Wettbewerb nach unten muss unterbunden werden. Tarifverträge müssen auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden, so dass alle Piloten, Flugbegleiter

und das Bodenpersonal unter dieselben Tarifverträge fallen. – Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden. Als Sofortmaßnahme wollen wir den Ausbau weiterer Flugkapazitäten sofort beenden.

4. Rekommunalisierung der Energieerzeugung Die Bundesregierung sitzt die längst überfällige Energiewende aus. – Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt werden. DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: Energiegenossenschaften, Bioenergie-dörfer, Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energie-Eigenversorgung genutzten Netze erhalten. – Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. DIE LINKE will Energiearmut verhindern. Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen. Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Wir wollen ein kostenfreies Grundkontingent an Energie für jeden Haushalt und höhere Preise für Vielverbraucher. Das ist sozial gerecht, denn die Menschen in ärmeren Haushalten hinterlassen auch einen viel geringeren ökologischen Fußabdruck. Je reiner die Haushalte, desto schädlicher für die Umwelt.

5. Sofortprogramm Kohleausstieg bis 2035 DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm mit schnellem Kohleausstieg und einem Fond zur Absicherung der Beschäftigten. Wir wollen einen zügigen und sozial abgefederten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der Kohleausstieg muss sofort beginnen – kein Neubau von Kohlekraftwerken und keine Neuerschließung von Kohleabbau – allerspätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz. Die Geschwindigkeit – oder besser die Langsamkeit –, mit der die Bundesregierung hier vorgeht, lässt erwarten, dass diese Daten nicht eingehalten werden. Wir fordern ein ausnahmsloses Verbot von Fracking.

Plattdeutsche Erzählungen

Unser Autor Kurt Kaiser, vom Plattdütsch Verein „Klönnsnack-Rostocker 7“, schuf zu Ehren des 800. Gründungsjubiläums der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, auf 1040 Seiten ein Sieben-Bücher-Set, aus dem wir auszugsweise die Erzählung „Erinnerungen“ ausgewählt haben. Wir veröffentlichen aus dem 2. Buch den 1. Teil der „ERINNERUNGEN“, mit freundlicher Genehmigung der BuchHandelsGesellschaft zu Lübeck.

Der Autor spaziert durch die Altstadt und erinnert sich an seine „Ströperzeit“.



As ick dörch uns Rostocker Oltstadt bummel, wo ick mien Kindheit beläwt heff, kümmt in mi Freud up, wat sik hier alles tau'n Gauden verännert hett. Dat wat im April 1942 im Bomben- und Föderferno unnergüng un in de DDR man blots notdürftig werrer upbugt warden künn, kreech nah 1990, as wi werrer ein geeintet Dütschland wiern, ein gaud Stück von ehre middelöllerliche Architektur un Bukunst tröch. Nu kann ick werrer droehmen von mien Jugentied, in dissen öltesten Stadtdeil Rostocks.

De restaurierten Giebel von olle Patrizierhüser vertellen mi, äbenso as de Karken un Dure un restaurierten wehrhaften Muern, oewer de 800 Jahr Geschicht von uns Hansestadt.

Ick stah nu för denn slichten herrlichen Bu von de Petrikark, de ok in de Bombennächt 1942, ehre allet oewerragende Turmspitz verlör un erinnere mi:

An'n 26. April stün ick, kort för Mitternacht, jensiets von de Warnow up de „Dierkower Höh“ un starrte up de brennend Oltstadt. De Turm von St. Petri reckte sik dunn noch heil ut dat Flammeninferno. Oewer denn, ick glöwt miene Ogen nicht tau trugen, züngelte ok dor ut de Turmspitz, direkt ünner Wäderhahn, dat Fier. In de kort Tied, as ick in'n Schock dor stünn un keek, brennte de von Brandbomben zündte Turmlichterloh un störrte up dat Petridur un de Slüterstraat, wo de Hüser denn ok gliek mit afbrennten. Dat wier för mi as 15jährig

Jung de göttste Schock in mien bit dorhen glücklich Läden. - Ick wull an'n nächsten Morgen in ein Segelfleigerlager, um mien C-Prüfung aftaulegen. Oewer nu möst ick doch ierst bi Lösck- und Rettungsarbeiten helfen. Damals glöwten de Börger, dat sik Rostock nie von disse Katastroph erhalten un werrer so sien wür as früher.

Bi mien Spurensäukerie kiek ick nu noch mal oewer de Muer von St. Petri up de Warnow un niegen Buwarke up de Silo- und Holthalwinsel und vermisse dat Petridur, dat 1942 dörch de Brandkatastroph so sihr beschädigt un marode wür, dat et ganz un gor platt makt wür.

50 Jahr mössten ok ierst vergahn, bit de Petrikark werrer ein niege Turmspitz kreech.

Nu stah ick up denn Ollen Markt un hier ward in mi de Erinnerung an miene Schaul-tied waak.

De „Altstädtische Knabenschule“ -wi beitekente se as „Höltenschlarbenschau“, hett in de Bombennächt ehr 4.Stockwark verloren. Oewer se deint ok hüt werrer as Schau, allerdings nu för Jungens un Dierns tausamen, de „Altstädtische Mädchen-schule“ gifft dat nich mihr.

Bevör ick mienen Stadtrundgang förtsett, verwielt ick noch'n Ogenblick för dat Denkmal von denn Lutherischen Reformer, Joachim Slüter, de in de Petrikark prädigt un sogor heirat hett!

De Magister Joachim Slüter wier ein Vörkämpfer von de Reformation. In'n Mai 1532 wür hei in Ihren up denn Karkhoff näben de Petrikark begrawen.

Ick wander wierer, dörch de Oldschmädstraat vörbi an de Nicolaikark, oewerquer dei Grauwen-Straat dor, wo vör 750 Jahr ein *Vier-Grinden*, dat heit: Vier-Räder-Möhl stünn.

200 Jahr späerer is ut dat *Vier-Grinden* ein *Viergelinden* worn de noch trüchbläbene Tiedtüg von de mittelolterlichen Brögen oewer de Grauw mit de *Viergelindenbrög*.

De Grauw wier in'n Middelöller de Grenz zwischen Olt- und Middelstadt. In'n 13. Jahrhunnert hem de Rostocker Möller, Garber un Bierbruger de Grauw as vermodder-te Senk kanalisiert, um dat Wader von de Häng tau nutzen.

An'n nördlich En' von de Grauw stün dat *Hieringsdur* un an'n südlich dat *Grauwendur*, wat nich wiet af von dat hüt noch existierende Kauhur stün, un as Taugang för Wischen un Kauhwieden deihnte.

Mien Spaziergang führt mi von dat Kauh-dur, de Stadtmuer lang, nah dat Steindur. Dit is ein geschichtenträchtigt Streck. In'n 14. Jahrhunnert hett de hütige „Lagebuschturm“ zwischen Kauh-dur un Steindur noch *Rammelsbarg* - latiensch *mons rammellorum* - heiten. De Nam is afleit von de

Festungsanlagen, de oewern Barg führten. Ut *Rammelsbarg* wür in'n Volksmund denn de „*Rammelsbarg*“, wegen de Prostituit-ion. De Gegend hett dörüm ok Hurenwinkel heiten. Un de Turm sülvst Jungfrugens-orer Hurenturm.

De Nam Rammelsbarg wür dörch „Achter de Muer“ ersett, as de meckelnbörger Hertog um 1565 Deile von de südliche Stadtmuer afrieten löt, um dormit ok de Bauden von de „losen Wieber“ wechtaukriegen.

De Begienenbarg un anner Straaten würn hier in de Bombennächt fast total zerstört. Oewer de Streck zwischen Kauh- un Steindur sowie de dor sihr hoge Muer mit denn *Lagebuschturm*, bleef uns taun Glück erhollen. Up'n halben Wech stöt ick up ein dreistöckig'n Hüserkaree dat denn Krieg oewerstahn hett, denn „Glockengießer Hof“.

Von hier heff ick einen friegen Blick up de Reste von „Beginenbarg“, jenne Straat, de ehren Namen kreech, nah de dor wahren-de religiös Gemeinschaft von Wiewer un Witwen.

De Fierstorm im April 1942 hett hier de Nurdriet total vernicht. Ick seih ümmer noch in miene Gedanken de Frugens, rohrenden Kinner un klagenden Ollen, de ick dor andröp, as se noch wat ut de brennenden Hüser retten wulln.

Väl hett de Hansestadt Rostock all beläwt un dörchmaken möst: Denn Dörtigjöhri-gen Krieg, Kriege mit de Preußenkönigs, de Franzosentied un zwei Weltkriege. Dat hett de Stadt ehre bewägte Vergangenheit mit Sün-n- un Schattensieden prägt.

Inn 13./14. Jahrhunnert sünd de gewaltigen Buwarke entstahn, de Rostock sien besonneres, ein schön Gesicht gäwen hemm: Dor is de groote in ehre Utmaafe beachtliche Basilika von de Marienkark. De St. Jakobi, Petri- und Nikolaikarken sünd in de Bombennächt von 1942 drapen un schwer beschädigt worden.

Dat uns de Turm von Kröpeliner Dur erhol-len bleef is ein Glücksfall, denn de Kröpeliner Straat hemm de Bomben von 1942 besonnens schwer tauricht. Dat Kröpeliner Dur is as dat westlichste von de vier groten Dure in de Rostocker Stadtbefestigung, um 1270 in'n gotischen Stäl bugt worden. 1420, also 150 Jahr nah dat Kröpeliner Dur entstün dat Steindur, dat ok 1942 von Bomben schwer beschädigt wür, äbenso as de Steinstraat un de Niege Markt.

Fortsetzung folgt

Das in plattdeutscher Mundart verfasste Werk wurde unverändert übernommen.

Die limitierte Jubiläumsausgabe mit allen 7 Büchern (das Set a 60,- €; Einzel 10,- €) bei der BuchHandelsGesellschaft, Taschenmacherstr. 12, 23556 Lübeck erhältlich. ISBN 978 3 946696 12 2

Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz

Der Rechtsextremismusexperte Hajo Funke sieht im deutschen Verfassungsschutz ein Sicherheitsrisiko für Staat und Gesellschaft. Die Staatsaffäre um das V-Mann-Desaster habe das ganze Ausmaß der systematischen Verstrickungen des

Inlandgeheimdienstes in die neonazistische Szene und das Umfeld des NSU-Trios gezeigt. Eine unendliche Geschichte von struktureller Unterstützung der rechten Szene, Behinderung der Aufklärung und Aktenvernichtung zur Vertuschung möglicher tieferer Erkenntnisse darüber, was der VS aus dem Umfeld des NSU-Trios und dessen Netzwerk wusste, befördert und billigend in Kauf genommen hat. Als der Skandal um die V-Männer im Umfeld des NSU öffentlich wurde, haben viele die Auflösung des VS gefordert. Heute hört man nicht mehr viel davon, nachdem der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages über 60 Forderungen als Schlussfolgerungen der Ausschussarbeit vorgelegt hat. Die verfehlen aber den Kern des Skandals oft: das Versagen des Geheimdienstes durch das Führen bezahlter Spitzel, die selbst Neonazis sind, sowie die Unkontrollierbarkeit einer staatlichen Behörde, die über Jahrzehnte in der Tradition des kalten Krieges steht, frühzeitig mit Nazipersonal ausgestattet und durch dessen undemokratischen Geist geprägt wurde, das dem Verfassungsschutzverständnis der Zivilgesellschaft zuwiderlaufe, so Funke. Ziel müsse die Auflösung des Geheimdienstes in seiner bisherigen Form sein. Es wäre schön gewesen, wenn Richter Götzl im NSU-Prozess diese schlüssige Forderung gestellt hätte. Denn wie in vielen solchen Prozessen in der deutschen Geschichte stand mit der „Einzeltäterthese“ nicht das Netzwerk im Fokus, das in die Vorbereitung, Planung und Durchführung der Morde verstrickt sein muss, wie zahlreiche Untersuchungsausschüsse zum NSU auf Landes- und Bundesebene deutlich gemacht haben und in denen der Autor vielfach als Sachverständiger fungiert hatte.

Nicht thematisiert wurde der strukturelle Rassismus in der Gesellschaft und seinen staatlichen Einrichtungen. Die Täter konnten fast damit rechnen, dass bei der Aufklärung am Mord an selbständigen und migrantischen Berufstätigen Klischees über vermeintlich kriminelle Aktivitäten in ihrem Umfeld systematisch von Ermittlungsbehörden aufgegriffen werden könnten. Man habe schlicht die rechte Spur geleugnet und mit der Brechstange im Opferumfeld ermittelt, so Funke. Viele der Ermitt-

ler hätten offen ihre Einstellung bekundet und seien teilweise explizit rassistischen Thesen gefolgt, selbst noch im Untersuchungsausschuss. Bis heute gibt es keine Entschuldigung bei den Opfern und ihren Familien, die zu ihrem Schmerz noch mit falschen Beschuldigungen und Beleidigungen von staatlichen Behörden systematisch drangsaliiert wurden. Bis heute gibt es keine Konsequenzen für die Mitarbeiter dieser Behörden für dieses zwanghafte Fehlverhalten. Den Opfern bleibt nur der Weg der Zivilklage gegen ihre Vernehmer. Hajo Funke widmet in seinem Buch den Opfern viel Platz und würdigt ihre Rolle im NSU-Prozess in ihrer unermüdlichen Forderung, das NSU-Netzwerk schonungslos aufzuklären.

Hajo Funkes Sachbuch ist auf 240 Seiten spannend, kenntnisreich und zugespitzt zu lesen. Er fasst die Erkenntnisse und Versäumnisse des NSU-Prozesses systematisch zusammen und benennt zahlreiche ungeklärte Fragen. Der Tod zahlreicher junger Zeugen, teilweise kurz vor Ankündigung ihrer fundierten Aussagen, versetzt den Leser fast in Krimi-Stimmung, wenn es nicht um die bittere Realität ginge. Das größte Mysterium im Prozess blieb, so Funke in einem aktuellen Monitor-Report, der Mordanschlag auf zwei Polizeibeamte, bei der die Polizistin Michel Kiesewetter starb. Die Polizistin hatte selbst verdeckt im Neonazi- und kriminellen Milieu recherchiert und wurde dabei verstörend unprofessionell geführt. In derselben Stadt führte sie verdeckte Ermittlungen durch und lief zugleich in Polizeiuniform herum, so Funke. Das Magazin Monitor verwies nun auf weitere potentielle Kontakte des NSU-Trios in die salafistische Szene bei einer möglichen Waffenübergabe am Tatort hin. Funke macht bei seinen Recherchen auch russischsprachige Kriminelle aus und benennt Zeugen, die mindestens acht blutverschmierte Personen auf der Flucht vom Tatort beobachtet haben wollen. Für die Bundesanwaltschaft sind dies bis heute keine ernst zu nehmenden Hinweise, um an der „Einzeltäterthese“ des Trios zu zweifeln.

Der NSU-Prozess hat zur Aufklärung des nazistischen Netzwerkes im Hintergrund kaum etwas beigetragen und sollte es wohl auch nicht. Auch die Rolle des Verfassungsschützers Temme als Zeuge und potentieller Tatverdächtiger kam im Schlussplädoyer von Richter Götzl nicht mehr vor. Die Arbeit Temmes und vieler V-Leute im Umfeld des Trios wird von Hajo Funke auf der Basis umfangreicher Recherchen kenntnisreich beleuchtet. Sie

machen deutlich, dass diese Personen von den Mordtaten und deren Umfeldbedingungen Kenntnis haben mussten. Der Autor verweist darauf, dass das ganze Dilemma des Staatsversagens im NSU-Prozess nur mit dem Wissen um die Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus und der Rolle des Staates dabei verständlich wird. Deshalb ist der Rekurs des Autors mit einem Kapitel über den Verfassungsschutz als „Dienstleister der Demokratie“ – undemokratisch und ohne Kontrolle – ebenso schlüssig wie der Rückblick auf rechtsautoritäre Traditionen in der Bundesrepublik, Skandale und unaufgeklärte Verstrickungen des Dienstes über die Straffreiheit für Einsatzgruppenführer im Vernichtungskrieg, alte Nazi-Seilschaften in Gladio und VS, das vertuschte Oktoberfestattentat bis hin zu Waffenfunden, terroristischen Nazi-Morden und der fragwürdigen Rolle der V-Leute und Agent Provokateur bei der Nichtaufklärung vieler dieser Taten im rechten aber auch im linken Spektrum. Funke endet in Thesenform mit vier klaren Forderungen für die demokratische Kontrolle von Sicherheitsbehörden: Die Aufklärungsblockade und der vorgeschobene Quellenschutz widerspreche dem Demokratiegebot. Das Bundesamt für Verfassungsschutz müsse unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Der Schutz vor Grausamkeit, Verachtung und Rassismus dürfe nicht auf die Sicherheitsorgane reduziert werden, sondern sei Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Eine wirksame Gewalteinämmung verlaufe nur dort positiv, wo Politik und Zivilgesellschaft gegen die Akteure entfesselter Gewalt öffentlich vorgehen und Polizei und Justiz ihre Aufgaben effizient und zeitnah umsetzen.

Axel Holz (VVN-BdA)

LYRIK

Politgreise (von Jürgen Riedel)

Seehofer ist nicht in den Twitterwochen
mit Trump
oft vereint beide
Altersstarrsinn
klappernde Gedankenschritte
unsichtbarer Begleiter stets:
das verkalkte Reaktionäre

Geistige Froschperspektive
(von Jürgen Riedel)

Die deutsches Aussehen fordern
blicken auf Demokratie
als schwächliche Person herab
träumen von einem Staat
stark wie ein germanischer Recke

Ehrung für bürgerliches Engagement

Am 19.06. fand die Preisverleihung des Johannes-Stelling-Preises der SPD-Landtagsfraktion im Schweriner Schloss statt. In Erinnerung an den von den Nazis im Juni 1933 ermordeten Sozialdemokraten Johannes Stelling und als Dank für couragiertes Eintreten und Engagement von Bürgerinnen, Bürgern und Institutionen in Mecklenburg-Vorpommern. Den Hauptpreis erhielt Teshome Toasperm aus Ludwigslust, weiterhin wurden ausgezeichnet der Rostocker FC von 1895 e.V. sowie die beiden Lehrerinnen vom Gymnasium Sanitz Kristin Lopens und Uta Ciupka, die sich im Alltag mit Mut und Konsequenz insbesondere gegen rechtsextremistische Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung einsetzen.

Frau Kristin Lopens unterrichtet Deutsch, Englisch und Sozialkunde, Frau Uta Ciupka die Fächer Deutsch, Russisch und Sozialkunde (Studienorientierung). Sie sind Lehrerinnen am Gymnasium in Sanitz, arbeiten in der Schulkonferenz, sind Vertrauenslehrerinnen, organisieren seit vielen Jahren Veranstaltungen wie „Schule ohne Rassismus“, „Der soziale Tag“, „Weihnachten im Schuhkarton“ oder „Demokratie in der Praxis“, bereiten diese Veranstaltungen gemeinsam mit den Schülern vor und durch. Jeweils im

Februar, vor Beginn der Winterferien, organisieren sie gemeinsam mit den Schülern z.B. Vorträge von Europa- oder Landtagsabgeordneten, Vorträge von Flüchtlingen bzw. über Flüchtlingspolitik.

Neun Schüler*innen halfen ein Schulhalb-

jahr lang jeden Freitag für drei Stunden den Flüchtlingskindern in Groß Lüsewitz bei den Hausaufgaben. Am sozialen Tag werden Gelder erarbeitet, die dann Projekten von Vereinen in der Arbeit mit Kindern zur Verfügung gestellt werden. In jedem Jahr werden an der Schule unter ihrer Leitung Päckchen für ein Kinderheim in der Ukraine gepackt und der Transport organisiert.

Eine noch größere Aufgabe übernahmen die beiden Pädagoginnen vor 19 Jahren, als sie mit den Schülern*innen die verantwortungsvolle und zeitintensive Arbeit in dem größten Wahllokal der Gemeinde Sanitz erlernten und seitdem bei allen Wahlen dort alle Funktionen innehaben, die Demokratie hautnah erleben und mitgestalten.

Über die Schule hinaus wurde Kristin Lopens einstimmig zur Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Sanitz gewählt und begleitet seither viele Gespräche, bei Privatpersonen wie auch in Einrichtungen.

Unser Glückwunsch für den verliehenen Ehrenpreis und unser Dank für das Engagement! Wir wünschen uns noch eine lange gute Zusammenarbeit in unserer Gemeinde.

Barbara Kirchhainer



Buchlesung mit Gregor Gysi in Teterow

Auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V sowie der Kreistagsfraktion der LINKEN Landkreis Rostock weilte Gregor Gysi am 8. August zur Vorstellung seines Buches „Ein Leben ist zu wenig“ im Kulturhaus in Teterow. Die Nachfrage war enorm, der Ansturm war gewaltig. Der Saal war mit 200 Menschen voll besetzt, ca. 30 Zuhörerinnen und Zuhörer nutzten die Möglichkeit den Ausführungen Gregor Gysis im Biergarten zu lauschen. Eine Direktübertragung machte das möglich.

Der Einlass war ab 17.00 Uhr geöffnet, der Saal füllte sich, einhellige Meinung der Gäste, dieser Abend verspricht ein Erlebnis zu werden! Diese Erwartung wurde nicht enttäuscht. Moderator Hans-Dieter Schütt im Gespräch mit Gregor Gysi, beide auf einem roten Sofa auf der Bühne im Teterower Kulturhaus. Ein anderthalbstündiges rhetorisches Feuerwerk ergoß sich über die Zuhörerinnen und Zuhörer, die nicht nur aus Teterow, sondern aus Wismar, Neubrandenburg, Malchin, Güstrow ange-

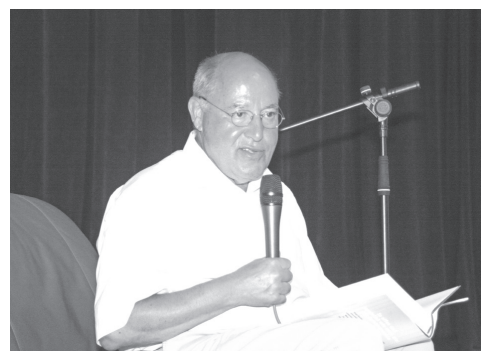
reist waren.

Gysi verknüpfte glasklare Analysen mit ganz persönlichen Erlebnissen. Auch Einblicke in seine Familiengeschichte gewährte er. Aus seiner Autobiographie gelesen hat Gregor fast zum Schluss der Veranstaltung nur den Prolog und den Epilog – zwei Sätze.

Ein kurzweiliger, interessanter Abend der eins bewirkte, mehr zu erfahren über diesen Ausnahmepolitiker und seinen Lebensweg. Der Buch- und Hörbuchverkauf der Buchhandlung Steffen aus Teterow ermöglichte es und Gregor Gysi signierte mit großer Ausdauer die vielen Bücher und Cover-Hüllen.

Ein großes Dankeschön an dieser Stelle an Matthias Hantel, dem Geschäftsführer vom Milchhof Alt Sührkow, dem Betreiber des Teterower Kulturhauses, für das große Entgegenkommen in Vorbereitung dieser Veranstaltung.

Peter Hörnig



Rotfeder und das Prinzip von Recht und Ordnung

Die Erde ist kugelförmig und mit sehr viel Wasser bedeckt. So kann ich kleines rotes Fischlein leicht in andere Gegenden schwimmen und mich umsehen. In vielen Ländern muss ich dabei aber noch immer die Herrschaft der Willkür erleben. Fürsten, Despoten und Diktatoren treffen politische Entscheidungen, wie es ihnen beliebt. Die Untertanen haben kein Mitspracherecht. Bei uns in Europa hat sich ausgehend vom Hambacher Fest 1832, als Menschenmassen für Demokratie und Pressefreiheit, gegen Fürstenwillkür und die Zersplitterung der europäischen Staaten demonstrierten, das Prinzip Rechtsstaat nach und nach durchgesetzt. Vor hundert Jahren musste der deutsche Kaiser abdanken. Nach dem Ende des faschistischen Regimes gab sich die Bundesrepublik ein Grundgesetz.

Allerdings stellen sich auch bei uns manche Politiker und Behörden immer wieder über das Gesetz und meinen, niemandem verpflichtet zu sein, außer sich selbst und den Umfragewerten.

Der Bundesinnenminister Horst Seehofer sagte bezogen auf die 69 Abschiebungen zu seinem 69. Geburtstag flapsig, „das war von mir so nicht bestellt“. Glaubt er, dass er Abschiebungen bestellen könne?

Michael Kretschmer, Herrscher über ein kleines Reich mit vier Millionen Sachsen, schaltete sich via Twitter in die Auseinandersetzungen über die polizeiliche Behin-

derung der Pressefreiheit ein: „Die einzigen Personen, die in diesem Video seriös auftreten, sind Polizisten“. Sie hatten auf Wunsch eines renitenten Pegida-Demonstranten ein ZDF-Team daran gehindert, über den Aufmarsch zu berichten. Später entpuppte sich der Pöbler als Angestellter des Landeskriminalamts. Da hatte Kretschmer sein Urteil schon gefällt. Später machte er alles noch schlimmer, als er erklärte, dass seine Aufgabe sei, sich „erst einmal hinter seine Beamten zu stellen“. Aber leben wir nicht in einem Rechtsstaat? Ist es nicht so, dass alles, was staatliche Behörden tun, an Recht und Gesetz gebunden ist und nicht: alles, was Beamte tun, ist rechtmäßig? Ist es nicht so, dass die Bürger von der Verfassung garantierte Rechte haben, die der Staat berücksichtigen muss? Kretschmer und seine Uniformierten sollten wissen, dass die islamfeindlichen Pegidisten demonstrieren dürfen und die Journalisten das filmen und darüber berichten dürfen.

Der nordrhein-westfälische Flüchtlingsminister Joachim Stamp ließ seine Leute einen Gefährder unter Vortäuschung falscher Tatsachen gegenüber dem Gericht, das ihn nicht abschieben lassen wollte, weil ihm in der Heimat Folter droht, doch abschieben. Er meinte wohl, dass ein Richterspruch wertlos sei, wenn das Volk mehr Abschiebungen will. Ist es schon so weit,

dass Politiker und Staatsdiener anfangen, in eigenem Ermessen zu handeln, Gesetze nur noch als Empfehlungen zu verstehen und die Unabhängigkeit von Gerichten zu ignorieren?

Der NRW-Innenminister Herbert Reul schimpfte sogar über das zuständige Gericht. „Die Unabhängigkeit von Gerichten ist ein hohes Gut. Aber Richter sollten immer auch im Blick haben, dass ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen.“ Er hat nicht begriffen, dass unser Rechtsstaat dafür gemacht ist, genau das zu verhindern. Es setzt den manipulierbaren Gefühlen der Masse ein Prinzip von Recht und Ordnung entgegen.

Allerdings ist Herbert Reul mit dieser Haltung leider nicht allein. Auch Behörden wollen wohl auf „die Stimmung im Land“ reagieren, wenn sie immer öfter rechtswidrige Abschiebungen durchführen.

Das ist ein beunruhigender Kontrollverlust und es ist höchste Zeit, dass wir unseren Rechtsstaat zurückfordern.

Das meint eure Rotfeder



Aus dem Landtag

Kopfnoten sind Schnee von gestern!

Die Kopfnoten, wie die Zensuren für das Arbeits- und des Sozialverhaltens weitläufig genannt werden, sind nicht zeitgemäß. Sie gehören nicht auf ein Zeugnis. Es gibt keinen objektiven Maßstab für eine Kopfnote! Allen anderen Fachnoten liegt ein Bewertungsmaßstab zu Grunde. 2 plus 2 ist vier. Aber was verbirgt sich hinter einer Note „Gut“ (2) in Fleiß? Diese Noten halten keinem Vergleich stand. Kopfnoten berücksichtigen nicht, dass sich Schülerinnen und Schüler noch entwickeln. Sie dürfen nicht dazu führen, dass ein Jahrgangsbester einer Schule lediglich eine Note „Gut“ (2) in Fleiß erhält. Eine solche Bewertung ist dem Schüler oder der Schülerin nicht vermittelbar.

Darüber hinaus werden im Gymnasium neben den Kopfnoten, die bereits die Mitarbeit von Schülerinnen und Schülern bewerten, zusätzliche Mitarbeitszensuren vergeben. Spiegelt sich nicht beispielsweise der Fleiß auch in den Fachnoten wider?

Und welche Aussagen sollen sich aus den Kopfnoten ablesen lassen? Jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer hat ein Recht auf ein förderliches Arbeitszeugnis mit codierten Aussagen. Warum soll für Schülerinnen und Schüler, die sich bei einem Unternehmen bewerben, etwas anderes gelten?

Es bedarf der Kopfnoten nicht. Sie sind Schnee von gestern. Viele andere Bundesländer haben Sie zu Recht von den Zeugnissen verbannt. Statt der Kopfnoten muss es halbjährlich ein verpflichtendes Gespräch des Klassenleiters mit den Eltern im Beisein der Schülerinnen und Schüler geben. Eine Zielvereinbarung im Ergebnis des Gespräches ist ein individueller Leitfaden für die Schülerinnen oder Schüler, an der sie oder er sich im Laufe des Schul-

jahres messen kann. Das ist motivierender als jede nichtssagende Kopfnote. Das Land muss wesentlich mehr in die Köpfe investieren, statt Kopfnoten zu verteilen!



Eine Entdeckungsreise in der Nachbarschaft

In den Vormittagsstunden dieses Sommertages regnet es. Auf der Chausseestraße, kurz hinter dem Ortseingang Barth, biegen zwei PKW mit Rostocker Kennzeichen in die Bertolt-Brecht-Straße ab, um gleich auf dem links gelegenen Parkplatz zu halten. Regenschirme werden aufgespannt, als die Fahrzeuginsassen sich zu Fuß zum nahen Mahnmal begeben. Hier wartet bereits eine kleine Besuchergruppe. Mitglieder der LAG Senioren aus den Bereichen Barth, Rostock, Schwerin und Westmecklenburg treffen sich zum Besuch der Mahn- und Gedenkstätte KZ-Außenlager Barth.

Die Leiterin der Dokumentations- und Begegnungsstätte Frau Elke Engelmann vermittelt den Besuchern einen Überblick zur Geschichte des ehemaligen Außenlagers des KZ Ravensbrück, über seine Errichtung zur Weiterführung der Rüstungsproduktion. Sie berichtet von den insgesamt mehr als 6000 Häftlingen in der Zwangsarbeit, von denen etwa 2000 ums Leben kamen, von den Todesmärschen.

Frau Helga Radau vom Förderverein hat lange Jahre zur Geschichte Barths in der Zeit des Faschismus geforscht, ist an vielen Publikationen beteiligt und hat den Kontakt zu Angehörigen der ehemaligen Kriegsgefangenen im Stalag Luft I gepflegt. Sie und ein weiteres anwesendes Mitglied des Fördervereins ergänzen die Schilderungen zur Geschichte des 1966 eröffneten Mahnmals mit den von Jo Jastram geschaffenen Reliefs. Wir werden

auf den 2003 eingeweihten Gedenk- und Lernpfad aufmerksam. Ergriffen verharren wir im Gedenken an die Opfer am Mahnmal mit den frisch abgelegten Blumen.

Als unsere Gruppe zum Parkplatz zurückgeht, hat der Regen nachgelassen. Ein kleiner Korso von nunmehr drei Fahr-



zeugen schlängelt sich durch die engen Straßen zum Altstadtcenter. In der gegenüberliegenden Dokumentations- und Begegnungsstätte erfahren wir mehr über die Rolle Barths als Standort der faschistischen Wehrmacht und der Rüstungsproduktion. Die Ausstellung vermittelt durch die Darstellung der Lebensläufe und Schicksale verschiedener Menschen in Barth sehr anschaulich die Lebensbedingungen in der Zeit des Faschismus. Die Geschichte unserer näheren Umgebung wird begreifbar. Einmal mehr tritt die mit dem Namen „Heinkel“ verknüpfte Widersprüchlichkeit hervor. Uns wird die starke Einbindung der Barther Bevölkerung in die

faschistischen Organisationen und Einrichtungen bewusst. Die Schwierigkeiten bei der späteren ehrlichen und sachlichen Aufarbeitung werden erklärlich. Bewegt und mit dem Wissen eines markanten Teils unserer Regionalgeschichte bereichert verlassen wir die Ausstellung.

Am Ausgang empfängt uns strahlender Sonnenschein. Wir sind in Barth, dem staatlich anerkannten Erholungsort. Eine Gaststätte am Hafen nimmt uns auf. Beim gemeinsamen Mittagessen ist Gelegenheit mit den Mitgliedern des Fördervereins Gedanken und Eindrücke des soeben Erlebten auszutauschen. Wir sind überzeugt, die Gedenkstätte und ihr Förderverein leisten einen unverzichtbaren und auf Dauer notwendigen Beitrag zur Bildung und Erziehung der Schuljugend. Angesichts des derzeit

aufkommenden Geschichtsrevisionismus verdient diese Arbeit noch stärkere Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Zum Ende dieser erkenntnisreichen Exkursion findet sich die Reisegesellschaft unweit des Bodstedter Boddens zu einer gediegenen Kaffeerunde zusammen. Bei der Verarbeitung des Tages wird auch manche persönliche Erinnerung wachgerufen und ausgetauscht. Der Dank der Teilnehmer gilt unserer Genossin Erika Weigelt für ihren entscheidenden Anteil am Gelingen unseres Vorhabens.

Klaus Röber / LAG Senioren / AG Seniorenpolitik Rostock

Ethel Ohm stellt vor: Ilse Gotthardt

Ich weiß es wirklich nicht mehr, seit wann und woher ich Ilse kenne; aber ich weiß, wo ich Ilse Gotthardt immer treffen werde: im Theater, im Konzert, in Ausstellungen, aber auch bei Demonstrationen für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Sie ist eine stark im Kleinen sozial engagierte Persönlichkeit. Sie arbeitet im Verein der Theaterförderer und -freunde, im Förderverein der Freunde des Konservatoriums und in der Philharmonischen Gesellschaft. Wenn sie ehrenamtlich Tätigen Mut machen kann, tut sie das im persönlichen Gespräch oder mit einem ermunternden Brief. Immer trifft sie den richtigen Nerv. Wie gut sie das kann, erlebe ich selbst öfter und bin dankbar. Menschen Vertrauen entgegenzubringen ist ihr wichtig. So kam sie in den Verein Lebenshilfswerk. So hat sie sich über Jahre am Alten Markt in die Tagespflege eingebracht, weil die Men-

schen dort Gespräche und Beschäftigung brauchten. Über Alltagsprobleme, Literatur, Musik, über alles, was diese Menschen interessierte, tauschte man sich aus oder es wurde auch mal gemeinsam gesungen. Jahrelang war sie einer alleinerziehenden Mutter eine wichtige Hilfe und deren Sohn eine gute Ersatz-Oma.

Ilse hat nicht umsonst vor wenigen Jahren den Sozialpreis der Stadt Rostock erhalten. Gegenwärtig betreut sie eine afghanische Familie in Lebensfragen und auch bei den schulischen Aufgaben. Sie war ja mal sehr gern Lehrerin. Sie pflegt unzählige soziale Kontakte, wie z. B. zu Ein-Euro-Jobbern, zu ehemaligen Kollegen, zu Rentnern. Am Sonntagvormittag ist ihr Telefon besetzt. Da führt sie regelmäßig lange Gespräche mit Bekannten. Das ist so eine Art Telefonsorge. Den Menschen Mut machen ist ihr wichtig. Diese vielseitigen liebevollen,

zutiefst menschlichen Handlungen sind es, die Freude verbreiten können und wahrhaftig viel zu selten stattfinden.

Aus dem Lütten Kleiner Blättchen



TERMINE AUS HRO UND LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Di., 4.9.	18:00 Uhr	"Ein Jahr Bundestag" mit Dietmar Bartsch	Rostock-Eversh.	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
Do., 6.9.	18:30 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Fr., 7.9.	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Lütten Klein	Rostock	Mehrgenerationenh.
Sa., 8.9.	14-18 Uhr	Sommerfest DIE LINKE. Lambrechtshagen	Lambrechts hagen	Bei der Feuerwehr, Allershäger Str.
So., 9.9.	09:30 Uhr	Ehrendes Gedenken, Redner: Prof. Sill	Güstrow	OdF-Ehrenmal auf dem Friedhof
So., 9.9.	11:00 Uhr	Gedenken an die Opfer des Faschismus	Rostock	Rosengarten
Mi., 12.9.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Clara Zetkin, Die Kriegsbriefe 1914-18, Lesung mit Marga Voigt	Graal-Müritz	Kur- und Bäderbibliothek
Mi., 12.9.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Kritzkow	Gaststätte "Strike"
Do., 13.9.	15:00 Uhr	Buchlesung „Vom Strafvollzug zum letzten Chef der Volkspolizei. Keine gewöhnliche Generalslaufbahn“	Rostock	Gartencafé in der KGA Schutow (Haltest. Immendiek)
Sa., 15.9.	10:00 Uhr	Parlamentariertag	Güstrow	Viehhalle
Sa., 15.9.	13:00 Uhr	Demo "Unsere Kinder sind es wert"	Rostock	Hauptbahnhof
Sa., 22.9.	14:00 Uhr	Familienfest der LINKEN gegen die AfD mit einem bunten Programm: "Allen Kindern eine glückliche und friedliche Zukunft"	Rostock	Uniplatz
Di., 25.9.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Das blinde Auge - Ein Todesfall in Thüringen" Film und Gespräch	Rostock	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21
Do., 27.9.	16:00 Uhr	RotFuchs: Prof. Lieberam über "Linke Politik als Klassenpolitik"	Rostock-Eversh.	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
Sa., 6.10.	10-15 Uhr	Friedens- und Konversionskonferenz	Wolgast	
Mi., 17.10.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Broderst.	"Mooreiche"
Sa., 20.10.	10:00 Uhr	2. Tagung des 6. Landesparteitages	Grimmen	Kulturhaus, Heinrich-Heine-Str. 1

Partegrillen im Stadthafen

Auf einer Grillparty im Rostocker Stadthafen stellte sich unser Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch den Fragen von Bürgern und Genossen. Zahlreiche Mitglieder der Kreisverbände Rostock und Landkreis Rostock ließen sich diese Gelegenheit nicht entgehen. Es war ein wunderschöner Abend mit Bratwurst und Bier.



Hans Burmeister wird 80

Unser Genosse Hans Burmeister wurde 80 und ließ es sich nicht nehmen, zu einer kleinen Feier in der Geschäftsstelle der Rostocker LINKEN einzuladen. Es gratulierten neben vielen Weggefährten auch die Kreisvorsitzenden Eva und Carsten, der ehemalige Kreisvorsitzende Prof. Wolfgang Methling sowie unser Sozialsenator Steffen Bockhahn. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte Klaus Röber (Foto), und auch der Jubilar ließ es sich nicht nehmen, ein Liedchen anzustimmen. Wir bedanken uns bei Hans Burmeister für seine jahrzehntelange Treue zu unserer Partei und für seine stets engagierte und zuverlässige Arbeit im Stadtteilverband Südstadt.



IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Verständigung
(von Janina Niemann-Rich)

Kommunikation ist
Zauberwort
im Zeitalter
digital

So schön
(von Janina Niemann-Rich)

Frei Denken
Handeln
Lieben
Ich

Wegkreuzung
(von Janina Niemann-Rich)

Angst vor Veränderungen
ist Angst vor dir selbst

Landtagsfraktion zur Sommerklausur in Berlin

Die Linksfraktion war diese zur Klausurtagung in Berlin. Neben einem Besuch des Bundesrats und Bundestags, der Landesvertretung sowie des Holocaust-Denkmal stand ein Treffen mit den Berliner Abgeordneten der LINKEN im Mittelpunkt der Klausur.

„Wir wollen uns insbesondere über die Themenkomplexe ‚Kinderarmut‘, ‚Wohnen/Städtebau‘ sowie ‚Inneres‘ austauschen“, sagte die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg, im Vorfeld der Klausur. Auch wenn sich die Problemlagen und Herausforderungen in einem Ballungszentrum wie Berlin und einem dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern unterschiedlich darstellten, sei es erforderlich, gemeinsam über Strategien zu beraten. „Wir wollen in diesem Zusammenhang von unseren Kolleginnen und Kollegen auch wissen, wie es in der Bundeshauptstadt gelingt, drängende Probleme anzupacken, während die Landesregierung in M-V vor sich hindämmert.“

„Die Politik darf es nicht einfach hinneh-

men, dass in einem reichen Land wie Deutschland Menschen zunehmend von Armut bedroht sind und erschwinglicher Wohnraum immer rarer wird“, so Frau Oldenburg. „Bund und Länder müssen auch Antworten finden auf bestehende Ängste und Unsicherheiten in der Gesellschaft, wenn es um Fragen der inneren Sicherheit geht. Auch in diesem Bereich dürfen Demokratinnen und Demokraten das Feld nicht den Rechtspopulisten überlassen.“

www.linksfraktionmv.de



Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Grillen im Stadthafen 2018



Gewinner: Die GRÜNEN. In den Umfragen geht es für sie steil nach oben. Der Klimawandel machts möglich. DIE LINKE täte gut daran, ökologische Themen nicht den Grünen zu überlassen, sondern mit der sozialen Frage zu verknüpfen. Da haben die Grünen nämlich noch Nachholbedarf.

Verlierer: Der Rechtsstaat. Polizei und Justiz sind häufig auf dem rechten Auge blind. Nicht nur in Sachsen. Die Abgeordnete Karen Larisch kann ein Lied davon singen, und gibt trotzdem nicht auf. Danke!

Monatszitat

„Es muss letztlich um die konkreten Probleme der Menschen gehen. Um skandalöse Kinderarmut, die wachsende Schere bei Einkommen und Vermögen, die Herausforderungen der Digitalisierung, um Bildungsfragen, den Klimawandel, die katastrophale Situation in der Pflege usw.“ Dietmar Bartsch über die Herausforderungen für DIE LINKE.

Monatszähl

Vor 40 Jahren war Sigmund Jähn der erste Deutsche im All. Dieser bescheidene Mensch hätte es verdient gehabt, dafür mehr gewürdigt zu werden, als es leider der Fall ist.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. An welches Ereignis soll die jüngst in Rostock enthüllte Stele erinnern?
2. Wieviel Kinder sind in Deutschland laut Kinderschutzbund von Armut betroffen?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.10.2018